



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/48

25. Februar 1950

Periode der Festigung

sp. Auch das reine Mehrheitswahlrecht ist also, wie das Ergebnis der englischen Wahlen gezeigt hat, keine Garantie für eine absolut sichere Regierungsmehrheit. Aber niemand hat in England bisher ernstlich von der Möglichkeit oder gar Notwendigkeit einer Koalition zwischen Labour und Konservativen gesprochen. Beides sollte gerade in Deutschland genau beachtet werden.

Wie werden die Dinge in England weitergehen? Nur im Rahmen dieser Frage interessieren noch die Gründe dafür, weshalb die Wahlen so ausgefallen sind, wie es der Fall ist. Man spricht, wie gesagt, nicht von einer Koalition der beiden tragenden Parteien, aber dafür ist das Wort von Neuwahlen bereits aufgetaucht - ohne stichhaltigen Grund, so scheint uns. Denn selbst wenn die knappe Mehrheit einer reinen Labour-Regierung aus irgend einem Anlass plötzlich einmal in die Minderheit geraten sollte und ein Misstrauensvotum hinnehmen müsste, wäre damit durchaus noch nicht die notwendige Konsequenz einer neuen Volksbefragung gegeben. Vielmehr könnten in einem solchen Fall zunächst einmal andere Möglichkeiten der Regierungszusammensetzung erprobt werden. Das Stichwort Neuwahlen entspringt weniger der tatsächlichen Situation, als dem Wunsch der Gegner auch einer künftigen Labour-Regierung, ihre Enttäuschung über das nicht erreichte Ziel einer eigenen Mehrheit zu verbergen. Von dieser Seite her wird es in die Debatte geworfen, noch ehe die Regierung gebildet ist.

Gewiss werden die Arbeitsmöglichkeiten der kommenden Labour-Regierung durch die schmal gewordene Parlamentsbasis erschwert, aber die Mehrheit reicht aus. Die Regierung und die Abgeordneten, die sie schützen, werden zwar sehr auf der Hut vor Überraschungen sein müssen. Aber schliesslich wird es auch für die Konservativen nicht leicht sein, alle Mann an Deck zu haben, wenn es darauf ankommt.

In der kommenden Legislaturperiode gibt es für eine Labour-

Regierung die Alternative: Ausnutzen des noch einmal errungenen Sieges, von dem man nicht wissen kann, ob er sich ein drittes Mal wiederholen wird, mit allen Kräften, entschiedene Fortsetzung des bisherigen, friedlich-revolutionären Kurses, um den Möglichkeiten einer späteren Rückwärtsentwicklung schon heute nach Kräften vorzubeugen - oder, als andere Möglichkeit, der Weg einer gewissen Beschränkung auf das bisher Erreichte, seiner Konsolidierung, um dadurch eine Entspannung der politischen Atmosphäre und einer erhöhte Sicherheit der eigenen Position zu erzielen. Da sich auch die Konservative Partei zu gewissen Grundsätzen der Wirtschaftsführung der letzten Jahre (z.B. dem Grundsatz der Vollbeschäftigung) bekannt hat - wobei es offenbleibt, wie weit sie, wäre sie selbst an der Macht, diesem theoretischen Bekenntnis die praktische Bewährung durch die Tat folgen lassen würde - könnte es möglich sein, den zweiten Weg zu gehen, ohne irgend etwas der bisherigen Errungenschaften aufs Spiel zu setzen.

Man spricht in konservativen Kreisen nicht nur Englands von einer Niederlage Labours, gemessen an dem Umfang des Erfolges dieser Partei vor vier Jahren. Aber das ist falsch. Damals war die überwältigende Grösse des Sieges Ausdruck eines grossen Vertrauens, ohne dass eine Leistung vorlag, über die abzustimmen war. Diese Leistung ist in den vergangenen vier Jahren vollbracht worden und es ist ganz natürlich, dass sie vielen Menschen nicht das gebracht hat oder auch nur bringen konnte, was diese sich, ausgestattet oft mit mehr Phantasie als Wirklichkeitssinn, erhofft hatten. Es ist ein grosser Erfolg Labours, dass diese Leistung von der Mehrheit eines im Grunde recht konservativen - das Wort nicht im partipolitischen Sinne - Volkes ausdrücklich gebilligt worden ist, obwohl die Gegner mit Kritik und eigenen Versprechungen gewiss nicht zurückgehalten haben.

Obwohl die künftige Labour-Regierung also auf schwächeren Füissen stehen wird als ihre Vorgängerin, wird sie da sein. Das ist das Entscheidende. Sie wird ihr Werk konsolidieren, und, im grösseren oder geringeren Umfang, fortsetzen können. Darin liegt ein wertvolles Moment der Stabilität. Weit über Grossebritannien hinaus wird man an den weiteren Auswirkungen dieser Politik ihre allgemeine Gültigkeit, zumindest in den Grundzügen, überprüfen können.

Tito ist sich seines Wertes bewusst

(sp) Wien, im Februar

Am 25. März finden in Jugoslawien Wahlen in die Nationalversammlung statt. Marschall Tito hat den "Wahlkampf" mit einer Rede eröffnet, die westlich des Eisernen Vorhanges mit Unbehagen aufgenommen worden ist. Tito hat es aber nicht nur beim Reden bewenden lassen, er hat auch gehandelt. Er hat an dem Tag, da Washington die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien abgebrochen, also einen wichtigen Beobachterposten auf dem Balkan aufgegeben hat, an diesem Tage hat Tito den Rebellenführer Ho Tschih Minh in Indochina anerkannt. Die praktische Bedeutung dieses Schrittes ist gleich Null. Sie lässt sich auf die knappe Formel vereinfachen, dass ein arrivierter Partisanenführer einem im Kommen befindlichen Partisanenführer seine Sympathien ausgedrückt hat.

Grösser ist die nach dem Westen weisende psychologische Bedeutung dieses Schrittes. Zum selben Zeitpunkt, da Washington sich entschlossen hat, der kommunistischen Flut in Südostasien einen Damm entgegenzusetzen, zeigt Tito unverhüllt seine Sympathien für einen Sieg der bolschewistischen Wafenn im Fernen Osten. Das ist nach den Anstrengungen Washingtons um Jugoslawien und nach den Hoffnungen, die manche Kreise mit dem Regime Tito in Belgrad verbunden haben, ein Rückschlag.

Es ist nicht der einzige Rückschlag, mit dem Tito beweist, dass er nicht vergessen hat, welche Macht ihm zur Macht in Belgrad verholfen hat, nämlich die kommunistische. Mit den Parlamentswahlen wurde eine neue Wahlordnung verkündet, die auch der Opposition Chancen bieten sollte. Opposition? Welch tiefgreifender Wandel in einem Staat, von dem man bei allem aussenpolitischen Wohlwollen wusste, dass es ein Polizeistaat ist. Inzwischen ist aber bekannt geworden, dass sich in Slowenien nicht ein einziger Oppositionskandidat gemeldet hat. Nicht, weil es in Slowenien keine Opposition gäbe, sondern weil diejenigen, die als echte Opposition infrage kämen, sehr wohl wissen, was sie von den plötzlichen demokratischen Anwandlungen Titos zu halten haben. Daß es in Kroatien, dem ewigen Sorgenkind jedes Belgrader Systems, Oppositionskandidaten geben werde, ist ebenfalls nicht zu erwarten. Somit verbleibt nur Altserbien, die ureigenste Domäne Titos. Hier hat der in sehr vielen Farben schillernde, aber nur in einer regierende Diktator selbst

alle Illusion zerstört, indem er vor wenigen Tagen erklärte, dass ein anderes Programm als das der Volksfront, also der Kommunisten, gar nicht infrage käme.

Die Erlaubnis, Kandidaten der Opposition zuzulassen, war Tito fünf Millionen Dollar wert. Um diesen Betrag gingen damals die Anleiheverhandlungen mit der Export-Importbank, als Tito seinem Wahlprogramm eine dünne westliche Tünche gab. Nachdem er die fünf Millionen hatte, liess er Ho Tschu Minh anerkennen. Nun verhandelt Tito wegen einer neuen Anleihe von 10 bis 15 Millionen Dollar. Man kann gespannt sein, welche Konzessionen Tito jetzt anbietet und wie er sie nachher paralysieren wird.

Man sieht, Tito weiss zur gegebenen Zeit daran zu erinnern, dass ihm der Weg nach Moskau immer noch offen steht. Taktischer Sieger bleibt jeweils, wer mehr bietet. Erstaunlich ist dabei nur die Geduld derer, die eine Million Dollar nach der anderen nach Jugoslawien pumpen, ohne sicher zu sein, dass das Ergebnis der Anleihen, eine forcierte Industrialisierung des Landes, nicht eines Tages gegen den leichtgläubigen Geldgeber zurückschlagen wird.

- 0 - 0 -

Einheitliche Unterstützungen im DGB

sp. Einem alten Wunsche der Gewerkschafter und dem Beschluss des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München entsprechend, hat der Bundesausschuss des DGB in Königswinter einheitliche Richtlinien für Streik, Massregelungs- und Sterbegeld-Unterstützung beschlossen. Die Gewährung von Notfall-Unterstützungen ist dagegen dem Ermessen der Einzelgewerkschaften überlassen geblieben.

Die Streik- und Massregelungs-Unterstützung wird von 4. Streiktagen an auch für den ersten Streiktag gewährt und ist nach Beitragsklassen und Dauer der Mitgliedschaft gestaffelt. In der Klasse I (0,20 M Wochen- oder 0,80 M Monatsbeitrag) wird nach 13 Mitgliedsbeiträgen wöchentlich 3,60 M, nach 52 Beiträgen 4,20 M und nach 156 Beiträgen 4,80 M Unterstützung bezahlt. In der Klasse II (1,50 M wöchentlich = M 6.-- monatlich, nach 13 Wochen 22,50 M, 52 Wochen 27.-- M, 156 Wochen 31,50 M. Die Leistungen steigen weiter mit der Höhe des Mitgliedsbeitrages. Dazu wird ein einheitlicher Familienzuschlag für Ehegatten und Kinder, die allerdings nicht am Streik

beteiligt sein dürfen, da sie dann selbst Unterstützung erhalten, von wöchentlich je 1,80 M, bei 52 Beitragswochen und je 3.-- M

wöchentlich bei über 52 Beitragswochen gewährt.

Sterbegeld-Unterstützung richtet sich ebenfalls nach der Höhe der Beiträge und wird nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft

gleichfalls gestaffelt in Höhe von 40.-- bis 170.-- M gewährt. Mitglieder, die bereits vor 1933 einer Gewerkschaft angehörten, erhalten

dazu einen Zuschlag von 50.-- M, wenn sie bis zur Auflösung der Gewerkschaften Mitglied waren und spätestens bei Aufnahme ei-

ner Beschäftigung nach 1945 wieder Mitglied einer Gewerkschaft wurden.

Mit diesen Beschlüssen ist dem Charakter der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung Rechnung getragen und vermieden, dass unter-

schiedlich finanzstarke Gewerkschaften ebenso unterschiedliche Unterstützungen gewähren.

- o - o -

Falsch interpretierter Flüchtlingsausgleich

sp. Nordrhein-Westfalen hat in seinem Land rund 1,150.000 Flüchtlinge, auf die Gesamtbevölkerung umgerechnet knapp 9 Prozent. Vergleicht man mit diesen Zahlen die Verhältnisse in Niedersachsen (28 Prozent Flüchtlinge) oder Schleswig-Holstein (37 Prozent) und nimmt man hierzu noch die weitaus grösseren industriellen Möglichkeiten Nordrhein-Westfalens, dann wird man ohne Übertreibung feststellen können, dass das Land am Rhein in der Flüchtlingsfrage glimpflich weggekommen ist. Trotzdem versucht Nordrhein-Westfalen, dieses Verhältnis noch stärker zu seinen Gunsten zu verbessern. In Schleswig-Holstein sind vier Werber aus Nordrhein-Westfalen eingetroffen, die den amtlichen Auftrag haben, möglichst ledige Arbeiter für Nordrhein-Westfalen anzuwerben. Diese Arbeiter sollen, so ist es der Wunsch von Düsseldorf, auf die 90 000 Flüchtlinge angerechnet werden, zu deren Abnahme Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Flüchtlingsausgleichs verpflichtet worden ist. Damit nicht genug, sollen bei verheirateten Arbeitern die Familien in Schleswig-Holstein bleiben.

Das ist eine Handlungsweise, die an die Zeiten des krassesten Länderegoismus erinnert. Würden beim Flüchtlingsausgleich alle übernehmenden Länder in dieser Weise vorgehen, dann blieben in den Abgabländern nur die Alten, Arbeitsunfähigen und Kinderreichen zurück, also Menschen, die dauernd der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.

Diese Auslegung des Flüchtlingsausgleichs ist dem reichsten Bundesland vorbehalten geblieben. Es wäre bitter, wenn Karl Arnold als Ministerpräsident in der Flüchtlingsfrage anders handelte, denn als Bundesratspräsident.

- o - o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau